Rostock Backbord

DIE LINKE. in Rostock informiert über ihre Arbeit · Ausgabe 7/2013

Achtung! Hier belästigt Sie Demokratie!

Quelle: aynu46/ flickr.com

Jeder Rostocker wird tagtäglich mit hunderten Werbebotschaften konfrontiert. Das kann nerven und verärgern. Trotzdem würde niemand von der Werbewirtschaft und ihren Kundinnen erwarten, darauf zu verzichten. Der Grund dafür ist ganz einfach: Mit Werbung wird viel Geld verdient. Die Akzeptanz für etwas, was kommerziell sinnvoll erscheint, ist in unserer Gesellschaft sehr hoch. Das gilt anscheinend jedoch nicht für eine andere Art der Werbung, die nichts mit Betriebswirtschaft, dafür aber umso mehr mit Mitbestimmung zu tun hat: Wahlwerbung. Mit dem Argument, die Wahlplakate würden Touristen abschrecken, lehnte eine Mehrheit der Bürgerschaft die Plakatierung in den »touristisch relevanten Gebieten« Rostocks ab. DIE LINKE stimmte für eine Plakatierung. Ihre Position war dabei klar: Alle paar Jahre sind Wahlen und deren Ziel ist es, den Bürgerinnen ihr demokratisches Recht auf Mitbestimmung zu ermöglichen. Um über Kandidatinnen und Parteien zu informieren, braucht es Wahlwerbung. Dazu zählen auch Plakate. Da gilt der Vorwand nicht, Touristen würden durch die Aufforderung zur demokratischen Teilhabe belästigt werden. In fast »vorauseilendem Gehorsam« Wahlwerbung einzuschränken, sagt viel über den Zustand einer Demokratie. Wir ertragen 365 Tage im Jahr Werbung für Flachbildfernseher. Laut Statistik mehrmals täglich. Da muss es möglich sein, alle vier Jahre für ein paar Wochen Wahlplakate zu hängen - auch in touristisch relevanten Gebieten. Oder wollen wir vor unseren Besuchern verbergen, dass wir in einer Demokratie leben?

6 Wochen bei Oma

Die Ferien haben angefangen und viele Eltern fragen sich: Wohin mit dem Kind? Sechs Wochen sind lang. Nicht jeder kann sich Ferienfreizeiten leisten, erst recht nicht wenn es um mehrere Knirpse geht. Oft helfen Oma und Opa aus, sofern sie können. Einige Kitas und Horteinrichtungen bieten Betreuung an, aber meistens bleiben Tage offen. Was tun? Manche Eltern organisieren sich und hüten abwechselnd die Kinder der anderen.
Schlimm wird es, sobald das Elternpaar seinen Urlaub aufteilen muss. Er nimmt eine Woche im Herbst, sie im Sommer. Dieses Abwechseln wird nötig, weil es für kleinere Kinder an guten Angeboten mangelt. Die Arbeitgeber der Eltern müssen also frühzeitig die Urlaubsfrage klären. Denn wer einen günstigen Platz im Ferienlager braucht, muss sehr zeitig anfangen zu suchen. Vorbildlich sind Unternehmen, die ihren Mitarbeitern bei einer Kinderbetreuung helfen. Eine Idee für die Stadt wäre, in den Ganztagsschulen mit Vereinen eine Ferienbetreuung anzubieten. Diese müsste finanziell unterstützt werden, damit sich alle Eltern das leisten können.

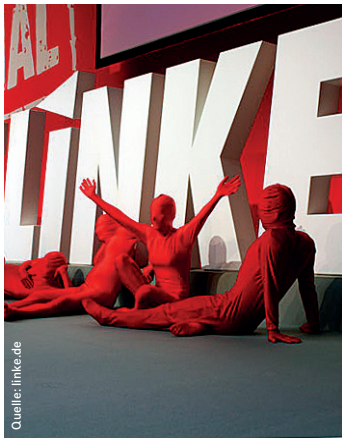
TIPP von LINKS

Mutti sagt: »Einkaufen bei Amazon ist bäh bäh! Die weigern sich, über Tarifverträge zu reden und die Löhne stehen für reinste Ausbeutung.

Wer Lohnklau verhindern und nachhaltig sein will, guckt schlau auf die Plattform utopia.de!«

Wer nachliest, ist klar im Vorteil

Am 22. September haben wir eine Verabredung. Wer sich gut darauf vorbereiten will, liest im Wahlprogramm der LINKEN. Die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit bleibt das Steckenpferd der Partei. Sie will konsequent Druck ausüben, damit den Versprechen der anderen auch Taten folgen. DIE LINKE setzt sich für einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde ein, für das Abschaffen von Hartz-IV, für eine Mindestrente sowie für bezahlbaren Wohnraum. Natürlich wird auch erklärt, wie diese soziale Gerechtigkeit finanziert werden kann. Wer neugierig geworden ist, sollte das Programm unter www.die-linke.de genau nachlesen.



Quelle: linke.de

DIE LINKE. Hansestadt Rostock

DIE LINKE. Hansestadt Rostock
Stephanstraße 17, 18055 Rostock, Telefon: 0381/49 200 10, Fax: 0381/49 200 14
E-Mail: backbord@dielinke-rostock.de, Internet: www.dielinke-rostock.de

Senatoren-Quiz

Senatorin Liane Melzer verlässt Rostock. Ihr Bereich umfasst Kultur, Jugend, Soziales, Gesundheit, Schule und Sport. DIE LINKE weiß: Für so viel Arbeit brauchen wir nun 2 gute Leute. SPD und CDU rätseln noch.

Stadtarchiv Rostock

Mehr Geld fürs Nein - Dagegen sein kann sich auszahlen

Quelle: GG-Berlin/ pixelio.de

Rostock hat einen Haushalt. Die Bürgerschaft beschloss die Finanzen für dieses Jahr. Manch einer fragt sich, warum es bis Juni dauerte, endlich eine Entscheidung zu fällen. Im ersten Anlauf war der Haushalt abgelehnt worden, auch mit den Stimmen der LINKEN. Die Fraktion begründete ihr Nein mit fehlenden Geldern für die Kinder- und Jugendhilfe. Insgesamt klaffte ein Loch in Höhe von 380.000 Euro bis die LINKEN zusätzliche
140.000 Euro gefunden und beantragt hatten. Dennoch wollte die Mehrheit der Bürgerschaft den verbleibenden Rest nicht ausgleichen. Nachdem ein paar Wochen vergangen waren, wurde ein neuer Haushalt vorgelegt. »Auch dank der Proteste der Träger der Kinder- und Jugendhilfe wurde ihr wichtiger Bereich endlich auskömmlich finanziert.«, berichtet die Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Eva-Maria Kröger. »Ich bin froh und auch ein wenig stolz, dass wir damals so hartnäckig geblieben sind.
Vehement haben wir Geld gesucht, gefunden und eingefordert. Jetzt sind alle Mittel da und wir konnten Ja zum Haushalt sagen.« Trotzdem bleiben Sorgen. Denn die Verwaltung hat zusätzliche Finanzhilfen vom Land eingeplant, obwohl noch gar nicht sicher ist, inwieweit diese auch wirklich fließen. »Hier geht es um mehrere Millionen. Wenn die Landesregierung sich gegen uns entscheidet und nicht zahlt, hat die Stadt ein Problem.«, warnt Kröger. Nun wartet die Verwaltung auf einen Bescheid aus Schwerin, während die Bürgerschaft hofft, dass OB Methling nicht wieder einen Widerspruch gegen den Beschluss des Haushaltes einlegt.

SMS aus dem Rathaus

»Wir sind unsere Kultur los. Der OB hat sich das Kulturamt unter den Nagel gerissen. Wird die Bürgerschaft eine neue Kultursenatorin für Rostock finden, ohne ihr ein Amt anbieten zu können? Was hat der OB vor und was wird aus unserer Kultur?«

Wir verkaufen nicht

OB Methling hatte geplant, dieses Jahr mehr Geld vom Wohnungsunternehmen WIRO zu bekommen. Im ersten Entwurf des Rostocker Haushaltes sollte die WIRO statt geplanter 15 Millionen Euro sogar 21,4 Mio. Euro an die Stadtkasse ausschütten. Natürlich wäre das nicht gegangen, ohne Wohnungen zu verkaufen. Allerdings hätte der OB wissen müssen, dass es in der Bürgerschaft eine Mehrheit gegen den Verkauf kommunalen Eigentums gibt. DIE LINKE hatte bei diesem ersten Entwurf bereits klar gemacht:
»Wir verkaufen keine Wohnungen, um Haushaltslöcher zu stopfen. Das Privatisieren von Wohnraum führt oft zu Mieterhöhungen und zum Verlust von Qualität und Service.«, so die Fraktionsvorsitzende Eva-Maria Kröger. Im neu beschlossenen Haushalt ist die einst geplante Erhöhung nicht mehr enthalten. Weil Methling mit zusätzlichen Geldern der Landesregierung spekuliert, strich er die extra Millionen der WIRO. »Einen Sinneswandel gegen Wohnungsverkäufe gab es nicht. Wir müssen also auch weiterhin dafür streiten, das Zuhause von Menschen nicht dem kurzsichtigen Profit zu opfern.«, sagt Kröger.

Quelle: harry_nl/ flickr.com

DIE LINKE. in der Rostocker Bürgerschaft

DIE LINKE. in der Rostocker Bürgerschaft
Neuer Markt 1, 18055 Rostock
Telefon: 0381/ 381 12 79, Fax: 0381/ 381 90 61, E-Mail: dielinke.fraktion@rostock.de

»Stadtumbau« auf sicheres Fundament stellen

Quelle: stadtkatze / flickr.com

Mit der Wende kamen auf die Städte und Gemeinden der Neuen Bundesländer enorme Veränderungen zu. Schließungen ganzer Werke und Fabriken trugen dazu bei, dass immer mehr Menschen ohne Perspektive ihre Existenz woanders, meist westwärts, zu sichern suchten. Das führte zu erheblichem Wohnungsleerstand. Seit 2002 hilft das anfangs milliardenstarke Förderprogramm »Stadtumbau Ost«, die Folgen dieses Wandels zu mildern und die Wohnsituation zu verbessern. Wohnquartiere wurden wieder zu lebenswerten Orten mit zufriedener Bewohnerschaft. Der Wohnungsleerstand im Land beträgt durchschnittlich 6,3 Prozent und ist nur noch halb so hoch wie bei Programmstart. »Die Stadtviertel stabilisierten sich. Brachliegende Infrastruktureinrichtungen wurden zurückgebaut.
Wohngebiete wurden aufgelockert, Häuser saniert, Baulücken geschlossen, Plattenbaublöcke etagenweise abgetragen und so völlig neue Bauformen geschaffen.«, informiert Regine Lück, wohnungspolitische Sprecherin der Linksfraktion.
Seit 2010 werden die Gelder jedoch systematisch zurückgefahren. Für den Stadtumbau Ost sind nur noch halb so viel Mittel wie zum Programmstart eingeplant. »Zu wenig, um auch nur begonnene Maßnahmen fertigzustellen, geschweige denn neue zu beginnen.«, so Regine Lück weiter. Zumal der Bedarf nicht geringer geworden sei. Schon seit Jahren meldeten sich immer mehr westdeutsche Städte, in denen gravierende wirtschaftliche Strukturwandel und Bevölkerungsrückgänge zu verzeichnen waren. Deshalb gibt es seit 2004 auch ein entsprechendes Programm ›Stadtumbau West‹.
»Perspektivisch sollten beide Programme zusammengeführt werden, zu fördern ist nicht nach Himmelsrichtung, sondern nach Bedarf«, betont Regine Lück. Bereits dieses Jahr gibt es 90.000 Haushalte weniger im Land. Während Städte wie Rostock und Greifswald stark gefragt sind, wächst der Leerstand anderswo. »Deshalb ist der Stadtumbau in Einheit von Aufwertung und Rückbau unverzichtbar und muss fortgesetzt werden.«, so Lück.
In der Juni-Sitzung debattierte der Landtag dazu. Die Linksfraktion stellte einen Antrag, dass gesamte Programm auch über 2016 hinaus weiterbestehen zu lassen. Und zwar mit verlässlichen finanziellen Rahmenbedingungen. »Wir haben die Landesregierung dazu aufgefordert, sich dafür beim Bund und gemeinsam mit den anderen Bundesländern einzusetzen. Leider lehnte die Regierung ab. Warum eigentlich?«, fragt Regine Lück mit ihrer Fraktion.

Bürgersprechstunde:

Am **08.07.2013** von **15 bis 17 Uhr** und am **19.08.2013** von **11 bis 13 Uhr** im Wahlkreisbüro in der Stephanstraße 17.

Warum es so schwer fällt, Mehmet Turgut zu gedenken

Endlich hat die Stadt Rostock beschlossen, dem 2004 ermordeten Mehmet Turgut zu gedenken. Viel zu lange hat es gedauert bis man sich auf einen Weg der Erinnerung einigen konnte. Mehmet Turgut wurde vom Nationalsozialistischen Untergrund (NSU), einer rechtsterroristischen Vereinigung, erschossen. Während die Heimatstädte der anderen NSU-Opfer längst Gedenktafeln und Stelen errichteten, zögerte man in Rostock. Der Versuch, dem Opfer am Ort des Verbrechens dadurch würdig zu werden, die Straße umzubenennen, scheiterte. Aus dem Dierkower Weg sollte der Mehmet-Turgut-Weg werden. Allerdings wollten die Mitglieder des Ortsbeirates das nicht und lehnten ab. Sie begründeten ihr Nein mit der Sorge, die Straße würde zum Wallfahrtsort für Nazis oder das Straßenschild könne beschmiert werden. Vermutlich mochten die wenigen Anwohner die Vorstellung nicht, ihre kurze Straße könne den Namen Turguts tragen. Die Rostocker Bürgerschaft tat sich ebenfalls schwer mit dem Gedenken. »Statt selbst zu entscheiden, gründete sie eine Arbeitsgruppe und versuchte somit, der Verantwortung auszuweichen.«, sagt Hikmat Al-Sabty, Mitglied des Landtages.
Strittig war, ob man eher von einer rassistisch motivierten Tat oder von einer rechtsextremen Mordserie sprechen solle.

Quelle: Heldmann / flickr.com

Rostock zögerte zu lange

Ebenso umstritten war die Frage, ob der NSU als Täter auch zu benennen sei. Die Gegner meinten, es gäbe noch kein rechtskräftiges Urteil, der Prozess laufe noch. »Das ist absurd. Es gibt ein Bekenner-Video. Dazu kommt eine Untersuchung des Bundestages, die seit über einem Jahr läuft.
Dort zweifelt niemand an der Existenz und der Täterschaft des NSU.«, so Al-Sabty. Das Zögern der politischen Akteure und die Ängste mancher Bürger haben vielfältige Ursachen. »Es gibt Menschen, die sind rassistisch und wollen nicht an Mehmet Turgut gedenken. Andere tragen das Trauma Lichtenhagens mit sich und haben Angst, wieder in Verruf zu geraten.«, vermutet Al-Sabty. Er meint, auch die Gruppe der generell Desinteressierten sei sehr groß. Die Diskussion um das Gedenken an Mehmet Turgut macht deutlich, wie stark der latente Rassismus in der Gesellschaft noch ist.
Zahlreiche Rostocker Initiativen und Vereine engagieren sich für eine tolerante, demokratische Gemeinschaft. Sie klären auf und bieten politische Bildung an. »Wir unterstützen ihre Arbeit, denn solche Initiativen sind unverzichtbar.«, sagt Al-Sabty.

AJUCA 2013

Kommt am 31.07.- 04.08. 2013 zum »Alternativen Jugendcamp« auf dem alten Flughafengelände des Kulturkosmos in Lärz! Politics - People - Party!

Regine Lück, MdL
Stephanstraße 17, 18055 Rostock
Telefon: 0381/49 200 18, E-Mail: r.lueck.wkb@t-online.de

Dr. Hikmat Al-Sabty, MdL
Ulrich-von-Hutten-Straße 32, 18069 Rostock
Telefon: 0381/80 875 507, E-Mail: al-sabty@t-online.de

Zwei linke Hände für volle Kassen

Der Bundestagsabgeordnete Steffen Bockhahn kassierte im Supermarkt, um Geld für einen sozialen Zweck zu sammeln

Quelle: Redaktion

»Wenn Sie das nächste Mal beim Einkaufen mit der Kassiererin unzufrieden sind, bleiben Sie bitte trotzdem freundlich.« Der Bundestagsabgeordnete Steffen Bockhahn hatte im Juni eine Stunde lang an der Kasse des Edeka in der Berthold- Brecht-Straße gesessen. Danach war sein Verständnis für diese Arbeit noch größer und seine Bitte an die Kunden deutlich. Nicht nur die nötige Aufmerksamkeit, auch die körperliche Anstrengung in diesem Beruf sind enorm. »Wenn dann noch mies bezahlt wird, ist schlechte Laune bei den Mitarbeiterinnen im Supermarkt nur zu verständlich.« Bockhahn nutze den Besuch bei Edeka auch, um über die Arbeitsbedingungen zu sprechen. »Wir haben sehr offen über Tarifbindung und Mindestlöhne geredet. Da ist man hier auf einem guten Weg, wenn auch ein paar Wünsche noch offen bleiben.«, so der Abgeordnete. »Bei mir starten die Angestellten mit 8,50 Euro und steigern sich im Laufe der Jahre auf 16 Euro - meine Leute bleiben lange im Unternehmen und identifizieren sich auch mit ihm«, ergänzt die zuständige Einzelhändlerin. Bei einem ausführlichen Rundgang durch den Markt wurde anschließend deutlich, dass man die soziale Situation eines Stadtviertels auch an der Kasse des Einzelhandels ablesen kann. Weniger als zehn Euro ist der Einkauf in der Regel in diesem Stadtteil wert. Im Vergleich mit Märkten in der Innenstadt oder in Hamburg sei das sehr wenig, erklärten die Mitarbeiter des Edeka. Dem versucht Edeka auch mit Produkten aus der Region zu begegnen. Das die Märkte genossenschaftlich organisiert sind und jeder Einzelhändler über sein Sortiment selbst entscheidet, macht den Unterschied zu »typischen« Discountern aus. Der Einsatz an der Kasse hatte für Steffen Bockhahn nicht nur den Zweck, die Arbeitsbelastung einmal persönlich zu erfahren und nachempfinden zu können. Die Summe aller Einkäufe die er abkassierte, wurden für einen sozialen Zweck gespendet. Großzügig aufgerundet gab Edeka so 700 Euro für den Verein baf e.V. Der betreibt auch den Cirkus Fantasia im Stadthafen und fördert das Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung.

Strahlendes Land

Peter Altmaier will hochradioaktiven Müll aus westdeutschen Atomkraftwerken nach Lubmin bringen lassen. So stand es vor ein paar Wochen in der Zeitung. Steffen Bockhahn fragte daraufhin bei der Bundesregierung nach. Die teile zwar mit, dass es vorerst keine Transporte geben würde. Grund zum Zurücklehnen gibt es aber nicht. Lediglich einige erreichte Grenzwerte verhindern derzeit neue Einlagerungen. »Die können geändert werden oder man löst einige technische Probleme« befürchtet Bockhahn, der in der Antwort der Bundesregierung noch mehr Bemerkenswertes sieht. Gefragt hatte er auch, ob das Zwischenlager tatsächlich 2039 stillgelegt werde. »Statt ordentlich mit ja oder nein zu antworten, bekam ich den Hinweis, man wolle das Endlagersuchverfahren bis 2031 beenden.« so der Chef der Landesgruppe der linken Abgeordneten aus MV. Auch das Bekenntnis nur Müll aus Rheinsberg und Lubmin im Nordosten zwischenzulagern, gilt für die Bundesregierung wohl nicht mehr. Das Umweltministerium kenne eine solche Vereinbarung nicht, hieß es in deren Schreiben. Damit bleibt die Bundesregierung bei Ihrem Kurs, denn bereits 2010 und 2011 ließ sie hochradioaktiven Müll aus Westdeutschland nach Lubmin bringen. Mehr als 10.000 Polizisten waren damals nötig um den Transport durchzusetzen. Im Sinne der Bevölkerung handelt der Bund hier wohl nicht.

Quelle:Redaktion

Bockhahn helfen

Wahlkampf ist teuer. Großspenden von Unternehmen nimmt Steffen Bockhahn nicht an, doch wer helfen mag, kann etwas überweisen oder eine Großfläche spenden. Auf www.die-linke.de/nc/dielinke/spenden/plakatspende/ steht wie es geht. Vielen Dank!

Bockhahn vor Ort

Am 3. August ist in Graal-Müritz vor der Seebrücke das 10. Internationale Friedensfest. Mit Musik, Kuchen und vielen Ständen wird von 10-17 Uhr gefeiert. Steffen Bockhahn ist da und freut sich auf Gespräche mit Ihnen.

Bockhahn online

Nix Sommerpause!
Ob im Edeka an der Kasse oder in der UNI Rostock auf dem Podium - Steffen Bockhahn ist in Rostock unterwegs.
Wo, wie und was er tut, lesen Sie ganz aktuell auf:

www.bockhahn.de

Steffen Bockhahn für DIE LINKE. im Bundestag
Wahlkreisbüro Rostock: Stephanstraße 17, 18055 Rostock
Telefon: 0381/ 37 776 69, Fax: 0381/49 200 14, E-Mail: steffen.bockhahn@wk.bundestag.de